



Interviews

Datum: 10. April 2024

Philipp May im Gespräch mit Erik Marquardt, MdEP, B90/ Die Grüne

Philipp May: Die europäischen Grünen haben schon angekündigt, sie werden heute gegen die Asylreform stimmen beziehungsweise gegen die relevantesten Teile der Asylreform. Deswegen ist jetzt am Telefon der migrationspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Erik Marquardt. Guten Morgen, Herr Marquardt.

Erik Marquardt: Guten Morgen.

May: Kann es so bleiben, wie es jetzt ist?

Marquardt: Nein, auf keinen Fall. Wir haben eine Situation, wo sich diverse EU-Staaten kaum an der Asylpolitik beteiligen. Viele Staaten nehmen zehnmal weniger Menschen pro Kopf auf als Deutschland zum Beispiel. Die Verteilung muss deutlich besser werden. Wir brauchen aber auch eine Integrationsoffensive zum Beispiel. Es kann nicht sein, dass Menschen, die hier dann auch Asyl bekommen, teilweise wirklich viele Monate auf einen Sprachkurs warten, noch Arbeitsverbote haben. Auch die Integration in den Arbeitsmarkt muss deutlich besser werden und ich könnte jetzt noch zehn andere Punkte aufzählen, aber Sie haben bestimmt noch mehr Fragen.

May: Aber das ist ja das, was die Bundesregierung dann regeln muss, die Integrationsoffensive, Sprachkurse etc. pp. Das muss ja dann in den Ländern an sich geregelt werden.

Eine Konsequenz eines Scheiterns einer Asylreform, über die jahrelang gerungen wurde, die man nicht in Gänze gut finden muss, ist ja nun mal, dass es genauso bleibt, wie es ist, mit all seinen Begleiterscheinungen wie zum Beispiel auch das Erstarken der politischen Ränder.

Marquardt: Nein. Die Bundesregierung hat viel Verantwortung, auch viele Regelungen zu schaffen, die die Kommunen vor Ort beispielsweise entlasten. Aber die Regelungen, die wir jetzt auf europäischer Ebene beschließen, wirken sich auch auf die Möglichkeiten der Integration aus. Das fängt dabei an, wenn Kinder und Familien in Lager an den Außengrenzen gesperrt werden, wo sie dann Schnellverfahren durchlaufen sollen, die in haftähnlichen Zuständen stattfinden müssen, dann verliert man schon mal ein halbes Jahr und traumatisiert vielleicht auch noch einige Leute, denn die Menschen sind ja nicht ...

May: Drei Monate!

Marquardt: Wenn jemand abgelehnt wird innerhalb dieses Grenzverfahrens, das zwölf Wochen dauert, dann kommt ein Rückführungsgrenzverfahren von zwölf Wochen. Wenn die Rückführung nicht stattfindet – und es wurde eingangs in dem Bericht gesagt, das klappt in den allermeisten Fällen nicht -, dann gibt es Zutritt zum Territorium und die Menschen sind dann nicht weg, sondern wieder am Nullpunkt und stellen noch ein Asylverfahren. Das ist das, was in der Praxis wirklich bei diesen Regelungen rauskommt. Wie gesagt, das ist ein kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den Mitgliedsstaaten, aber der sorgt nicht dafür, dass sich Menschen in Luft auflösen, sondern mit einem riesen Bürokratieaufwand dafür, dass teilweise die Verfahren wahrscheinlich nicht kürzer, sondern noch länger werden, und das ist die falsche Richtung.

May: Aber ist es nicht total logisch und konsequent, dass an der Grenze direkt entschieden und geprüft werden soll, ob Menschen einen Anspruch auf Asyl hier haben oder nicht und dann die entsprechende Konsequenz gezogen wird, dass zumindest dann eine Rückführung versucht wird? Das ist doch für alle besser, im Prinzip auch für die Geflüchteten, weil sie dann schnell Klarheit haben.

Marquardt: Auf dem Papier macht das total Sinn. Menschen kommen an, sie sollen schnell registriert werden, dafür setzen wir uns auch ein. Dann finden schnell Asylverfahren statt, wo man schaut, wer ist schutzbedürftig und wer nicht. Und das kann auch teilweise an der Grenze stattfinden. Ich bin überhaupt nicht dagegen, dass auch dort Asyl geprüft wird, in Griechenland an der Grenze. Nur was wir in der Praxis gesehen haben in den letzten Jahren ist, dass man in Brüssel und Berlin vielleicht

dann einfache Lösungen auf dem Papier präsentiert, sagt, schaut her, das ist doch eine gute Idee, und dann stellt man in der Praxis fest - in Griechenland, wo das ja schon seit 2016 so gemacht wird, wenn Menschen auf den griechischen Inseln ankommen, dann soll es ja schnelle Verfahren geben, die Menschen sollen dann zurück in die Türkei -, dass seit vier Jahren niemand in die Türkei zurückgeschickt wird, weil die Türkei Nein sagt. Dann sind Massenlager wie Moria entstanden und die Leute leiden etwas auf den griechischen Inseln, in der Regel gerade über ein Jahr, kommen dann aufs Festland und vier Wochen später sieht man sie in Ländern wie Deutschland wieder, wo sie noch mal einen Asylantrag stellen. Das ist das System, was wir schon haben, und das wird jetzt ausgeweitet.

May: Warum soll das ausgeweitet werden? Es wird ja ganz explizit gesagt, dass der zweite Teil dieser Regelung ist, dass man Abkommen mit Drittstaaten abschließt, damit Rückführungen möglich werden, damit ein gesamtes System entsteht, das funktioniert.

Marquardt: Genau, und ich glaube, da müssen wir uns wirklich auch alle gemeinsam ehrlich machen. Wir brauchen rechtsstaatliche Abkommen mit Drittstaaten und die müssen dafür sorgen, dass sich die Situation vor Ort auch verbessert. Was die Abkommen mit Drittstaaten in der Vergangenheit gezeigt haben – da könnte man jetzt als Beispiel Tunesien oder auch die Türkei anführen – ist, dass sie teilweise bei der Türkei kurzfristig eine Reduktion erzeugen, dann aber eigentlich keinen weiteren Effekt haben, und bei Tunesien zum Beispiel dafür, dass es in diesem Abkommen gar nicht darum geht, wie geht man mit den Drittstaatsangehörigen um, die über Tunesien nach Europa flüchten - Tunesien sagt, die nehmen wir auf keinen Fall zurück -, sondern nur um die tunesischen Staatsangehörigen. Dabei hat man dann aber ungefähr 90 Prozent der Menschen, die von Tunesien abgelehnt werden, überhaupt nicht bedacht, und was man auch nicht bedacht hat ist, dass die Fluchtgründe in Tunesien, nämlich systematische Vertreibung von Subsahara-Afrikanerinnen und Afrikanern, auch keine Rolle spielt.

Wenn man die Symptome bekämpfen will, indem man sagt, wir wollen, dass die Leute weg sind, aber die Ursachen nicht angeht in diesen Abkommen, Menschenrechtsverletzungen, undemokratische Zustände, dann wird auf Dauer kein Schuh daraus. Dann wird man auf Dauer auch die irreguläre Migration nach Europa nicht bekämpfen und damit wird man auch die Rechten weiter stärken, weil man Migration dann nicht besser organisiert, sondern immer nur versucht, die Tischdecke an eine andere Stelle zu ziehen, die aber insgesamt zu klein ist.

May: Fluchtursachen bekämpfen, das hören wir jetzt schon seit Jahren, möglicherweise seit Jahrzehnten.

Marquardt: Aber man macht es ja nicht.

May: Ist das vielleicht auch ein ganz großer Langstreckenlauf und nichts desto trotz haben wir die Situation, dass immer mehr Menschen nach Europa kommen und der Zusammenhang zwischen der Zahl der Geflüchteten und dem immer größer werden des Gefühl des Kontrollverlustes in großen Teilen der Bevölkerung und dem Erstarren der AfD, der ist ja, ob man es nun mag oder nicht, relativ eindeutig. Das heißt, man muss jetzt was tun, und kann da nicht möglicherweise dieses gemeinsame europäische Asylsystem, die Reform doch etwas Druck aus dem Kessel nehmen?

Marquardt: Ich glaube, dass man die Standards zum Beispiel in den EU-Staaten durchaus angleichen muss: Wie werden Menschen aufgenommen, wann haben die Kinder Zugang zur Schule, wann gibt es Arbeitsrecht etc. Da sind wir auch dafür. Da werden wir auch dafür stimmen. Das sorgt dafür, dass man dann hoffentlich auch in mehr EU-Staaten eine Perspektive hat und nicht in bestimmte EU-Staaten weiterfliehen muss.

Auf der anderen Seite haben Sie ja gerade gesagt, die Zahl der Menschen, die nach Europa kommen, die steigt. Sie steigt aber nicht stetig, sondern nimmt mal wieder ab, steigt dann wieder. So ist das zumindest in den letzten 20 Jahren zu beobachten. Wenn man dann genau hinschaut, merkt man, dass schon einige, wirklich viele Asylrechtsverschärfungen in den letzten Jahren gemacht wurden – den EU-Türkei-Deal hatte ich schon genannt, aber auch in Deutschland werden immer wieder ganz viele Forderungen auch umgesetzt -, die aber teilweise dann nur auf Vorurteilen basieren, beispielsweise dass die Menschen nur wegen der Sozialleistungen nach Europa kommen und nicht auf realen Problemen, so dass man, wenn man nicht genau hinschaut und sich nicht genau anschaut, wo liegt das Problem eigentlich wirklich und wie können wir Migration besser organisieren, auf der einen Seite dann die Probleme nicht wirklich löst. Das erzeugt eine Krisenwahrnehmung, die die Rechten stärkt. Auf der anderen Seite müssen wir vielleicht auch damit umgehen, dass wir nicht immer nur sagen können, wir wollen die Zahl der Ankommenden irgendwie reduzieren, koste es was es wolle, es ist uns eigentlich egal, unter welchen Bedingungen die

Menschen dann leben. Das funktioniert auf Dauer nicht, und zwar nicht nur, weil es inhuman ist, sondern auch, weil in der Vergangenheit solche Ansätze nicht dazu geführt haben, dass relevant die Zahl der Asylsuchenden sinkt. Man kann das immer wieder behaupten, aber es passiert einfach nicht.

May: Jetzt ist vollkommen klar, diese Regelung, die jetzt beschlossen werden soll, ist nicht perfekt. Das sagt auch niemand. Es ist auch selten so, dass eine Regelung in der EU, die zwischen 27 Staaten beschlossen werden muss, perfekt ist. Sondern es ist ein Kompromiss.

Jetzt stellt es sich so dar, dass Sie heute wahrscheinlich mit den ganz Rechten mitstimmen wollen. Die wollen den Kompromiss, über den seit zwei Legislaturperioden gerungen wird, zu Fall bringen mit Ihrer Hilfe als Beweis, dass Europa bei der Zuwanderung wirklich nichts zustande bringt. Die würden sich die Hände reiben. -Kritiker würden jetzt sagen, Sie sind der nützliche Idiot.

Marquardt: Es ist ja so, dass einige Rechtsradikale diesen Regelungen auch zustimmen, beispielsweise die Partei von Georgia Meloni aus Italien oder die Schweden-Demokraten. Mit denen wurde auch ein Kompromiss gesucht und die haben sich auch an vielen Stellen durchgesetzt.

May: Die AfD stimmt nicht zu.

Marquardt: Die AfD stimmt nicht zu, genau. Es gibt einen Teil der Rechtsradikalen, die sagen, auf europäischer Ebene wollen wir gar nichts regeln und deswegen stimmen wir gegen alles im Asylbereich. Das ist nicht unser Ansatz. Unser Ansatz ist, dass wir mal hinterfragen, ob die Politik, die in den letzten Jahren seit 2015 in Europa, aber auch in Deutschland nicht von den Grünen bestimmt wurde, sondern von den Konservativen, eigentlich so richtig funktioniert hat. Ich würde sagen, nein, sie hat nicht funktioniert. Man braucht eigentlich einen Kurswechsel und kann nicht sagen, immer weiter so und jetzt vielleicht noch etwas schneller auf diesem Irrweg.

Wir haben ja die Situation, dass überproportional viele Menschen in Deutschland Asyl beantragen, und was, ich glaube, der erste Schritt wäre, ist neben der Angleichung der Standards in Europa, was die Aufnahmebedingungen angeht, sicherlich, dass wir endlich mal auf den Tisch hauen und dann nicht versuchen, irgendetwas

vorzuschlagen, bis Viktor Orbán am Ende vielleicht auch Ja sagt, denn so kritisch ist der ja am Ende gar nicht - es ist ja oft so, dass er Sachen zustimmt, sie nicht richtig blockiert, aber öffentlich auch meckert -, sondern dass wir versuchen, solche Staaten, die sich wirklich überhaupt nicht beteiligen, stärker unter Druck zu setzen, auch wirtschaftlich. Es kann zum Beispiel einfach nicht sein, dass ein Staat wie Griechenland, der konservativ regiert ist, Geflüchtete so schlecht behandelt, dass sie in der Regel aus Griechenland wieder weiterfliehen müssen, und da kann man schon andere Ansätze wählen, die dann auch wirklich zu einer Reduktion der Anzahl der Asylanträge in Deutschland führen, ohne dass man sagt, wir behandeln die Leute jetzt einfach nur in ganz Europa schlechter und das wird schon irgendwie helfen.

May: Herr Marquardt, eine letzte Frage habe ich noch. Die Grünen im Bund tragen den Kompromiss mit und werden ihm auch im Ministerrat zustimmen, weil sie sehr genau wissen, wie isoliert Deutschland mittlerweile ist beim Thema Migration. Gibt es zwei grüne Parteien, die Pragmatiker in der Bundesregierung und die Dogmatiker in Europa?

Marquardt: Das ist eine ziemliche Suggestivfrage, aber ich würde schon sagen, dass wir als Grüne relativ einheitlich wollen, dass es einen Kurswechsel gibt, und zwar nicht nur, weil wir nicht verstanden haben, dass man Migration nicht organisieren muss und die Grenzen öffnen wollen. Das ist ja nicht die Position der Grünen, auch wenn sie von Konservativen immer so beschrieben wird. Wir wollen, dass Migration besser gesteuert wird. Wir wollen, dass die Integration schneller läuft, dass die Menschen schneller auf den Arbeitsmarkt können, und da sind wir uns auch sehr einig in der Gesamtpartei. Die Frage ist jetzt, ob man eigentlich dieses Symbol – und diese Reform ist vor allem ein Symbol, wo wirklich viele Expertinnen und Experten sagen, das wird vielleicht am Ende die Dinge eher komplizierter machen als vorher -, ob man dieses Symbol jetzt einfach nimmt, sagt, wir stimmen da zu und stellen uns bei den Europawahlen hin und sagen, jetzt haben wir eine Lösung, oder ob man den Mut – und ich würde sagen, das ist mutig – hat, dieser Weg ist eigentlich gescheitert und wir können nicht einfach dafür stimmen, nur um vielleicht besser schlafen zu können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.